

Städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			Sitzungsprotokoll S-33 Nils Lennart Lühr
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag: 30.10.2018	Sitzungsbeginn: 17:10 Uhr	Sitzungsende: 17:50 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert			

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 21.08.2018	
TOP 3	Bericht zur Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE)	S-77-19
TOP 4	Berichtsbitte „Lärmbelastung durch eine Windenergieanlage (WEA) am Bultensee	S-82-19
TOP 5	Sachstandsbericht zu Beleghebammen / Bericht Beleghebammen	S-79-19
TOP 6	Beitritt der Stadtgemeinde Bremen und der Seestadt Bremerhaven zum Gesunde Städte-Netzwerk der europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Landes Bremens zur Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (KGC)	S-80-19 L-156-19
TOP 7	Sitzungstermine der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im 1. Halbjahr 2019	S-78-19 L-150-19
TOP 8	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Bremen	L-161-19 S-81-19
TOP 9	Verschiedenes	

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 6 wird auf die Sitzung am 04.12.2018 verlagert.	
<u>Beschluss (einstimmig):</u> Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt einstimmig die vorgeschlagene Tagesordnung.	

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 21.08.2018
<i>Ohne Debatte.</i>	
<u>Beschluss (einstimmig):</u> Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 21.08.2018 zu.	

TOP 3	Bericht zur Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE) (Vorlage S-77-19)
Frau Dr. Rose (Projektkoordinatorin BRISE im Auftrag des Senats) und Frau Pregitzer (SKB) erläutern den Deputierten die Entwicklungen im gemeinsamen Projekt der Senatorinnen Prof. Dr. Quante-Brandt, Dr. Bogedan und Stahman und beantworten Nachfragen. Die Deputierten danken für den Bericht und die Erläuterungen.	

Beschluss (einstimmig):

Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zur Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE) und zur Umsetzung in Bremen zur Kenntnis.

TOP 4**Berichtsbitte „Lärmbelastung durch eine Windenergieanlage (WEA) am Bultensee (Vorlage S-82-19)**

Herr Schober (Linke) führt aus, dass die Linke trotz Beantwortung der Berichtsbitte in der Juni-Deputationssitzung weiterhin offenen Fragen und Bedenken zur Genehmigung einer Windenergieanlage, insb. zur Berechnung der Lärmbelastung, hat und bittet das Gesundheitsressort die Gutachten zu Verfügung zu stellen.

Herr Demske (SUBV) erläutert die Vorlage und die Berechnungsmethodik der Lärmbelastung. Aus Sicht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr ist es korrekt und etablierte Praxis, dass Rechnungsergebnisse auf ganze Zahlen gerundet werden und gerundete Ergebnisse die Grenzwerte einzuhalten haben.

Herr Wedell (Gewerbeaufsichtsamt) ergänzt, dass die entsprechenden Gutachten bei der zuständigen Behörde dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr vorliegen und verweist auf das Recht der Akteneinsicht für Bürgerinnen und Bürger.

Beschluss (einstimmig):

1. Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Beantwortung der Berichtsbitte zum Thema Lärmbelastung durch eine Windenergieanlage am Bultensee zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz gibt den vorliegenden und den Bericht aus dem Juni 2018 zur Kenntnis und weiteren Verwendung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und den städtischen Petitionsausschuss.

TOP 5**Sachstandsbericht zu Beleghebammen / Bericht Beleghebammen (Vorlage S-79-19)**

Ohne Debatte.

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den anliegenden Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 18.10.2018 zur Kenntnis.

TOP 6**Beitritt der Stadtgemeinde Bremen und der Seestadt Bremerhaven zum Gesunde Städte-Netzwerk der europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Landes Bremens zur Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (KGC) (Vorlage S-80-19 / L-156-19)**

Vertrag

TOP 7**Sitzungstermine der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im 1. Halbjahr 2019 (Vorlage S-78-19 / L-150-19)**

Ohne Debatte.

Beschluss:

Die staatliche bzw. städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den vorgeannten Sitzungsterminen zu.

TOP 8**Maßnahmen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Bremen
(Vorlage S-81-19 / L-161-19)**

Herr Pirooznia (B90/Grüne) begrüßt die Maßnahmen insgesamt und insbesondere das Nachtcafé und die Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines Druckraums.

Frau Dehne (SPD) begrüßt die Projekte, die die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsaufstellung ermöglicht hat.

Herr Dr. Buhlert (FDP) befürwortet, dass die Maßnahmen die Situation der Abhängigen in den Fokus rücken und fragt nach der Bewertung des Gesundheitsressorts der nächtlichen ambulanten (Krisen-) Notversorgung.

Herr Bensch (CDU) lobt, dass beim Entscheidungsprozess externe Experten einbezogen werden.

Herr Erlanson (Linke) zeigt sich skeptisch, dass das Alternativangebot für die Zeiten ohne Krisendienst gut funktioniert.

Herr Utschakowski (SWGK) erläutert, dass sich Bremen weiterhin in der Erprobungsphase mit einem nicht-ärztlichen Krisendienst, ein mit anderen Bundesländern und Großstädten vergleichbares Angebotsdesign, befindet. Künftig gilt es aus seiner Sicht dieses Angebot bei den staatlichen Sicherheitsbehörden in der Breite noch intensiver präsent zu machen und somit zu etablieren. Aus Sicht des Gesundheitsressorts wäre es sehr wünschenswert, wenn der Krisendienst über die GeNo hinaus von weiteren Trägern gestaltet wird.

Beschluss:

1. Die **staatliche Deputation** für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, die unter B. Lösung genannten Projekte 1. – 8. weiter zu fördern.
2. Bezogen auf die neu beantragten Projekte stimmt die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz dem Verfahren zu, dass die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, unterstützt durch das Expert*innengremium, eine Auswahl der zu fördernden Projekte zu den unter B. Lösung genannten Themen trifft.
3. Die **städtische Deputation** für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, das Projekt „Krisenangebot zu Zeiten, in denen der zentrale Krisendienst nicht tätig ist“ für das Stadtgebiet Bremen (ohne Bremen-Nord) weiter zu fördern.

TOP 9**Verschiedenes**

- Prognose operatives Ergebnis der Gesundheit Nord gGmbH in 2018“ Berichtsbitte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; hierzu Tischvorlage S-83-19

Herr Pirooznia (B90/Grüne) bittet, aufgrund eines kürzlichen Presseberichts, um eine Information zum dem derzeit prognostiziertem operativen Ergebnis der GeNo im laufenden Geschäftsjahr und dankt für die beantwortende Tischvorlage. Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ergänzt, dass dem Aufsichtsrat der GeNo keine Pläne auf eine Abweichung vom Wirtschaftsplan vorgelegt wurden.

- Mietsituation des Behandlungszentrums West der GeNo, Berichtsbitte der SPD, der Grünen und der FDP

Auf Bitte der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP erläutert Staatsrat Kück zur Mietsituation des Behandlungszentrums West der GeNo, dass

1. Der Mietvertrag zum 31.2019 ausläuft.
2. Das Zentrum für Psychosoziale Medizin die regionale und lebensumfeldnahe Behandlung stärken möchte, insofern soll der Standort im Bremer Westen erhalten und ausgebaut werden. Das derzeit genutzte Gebäude entspricht nicht in allen Bereichen notwendigen Ansprüchen, so dass im Zuge einer Verlängerung der Anmietung Renovierungsarbeiten berücksichtigt werden müssten.
3. Es der ausdrücklich erklärte Wille aller Akteure am Klinikum (Krankenhausdirektion, Zentrumsleitung, Klinikleitung) ist, die regionale Behandlung zu stärken. Der Standort Bremen West ist hier integraler Bestandteil und soll nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden. Inzwischen wurde die Leitung der Abteilung „Psychosoziale Ambulanzen und Tageskliniken“ (Herr Schaper) besetzt. Gleichzeitig wird aktuell eine neue Oberärztin bzw. ein neuer Oberarzt gesucht, als Nachfolge im vorheriges Hauptaufgabengebiet von Herrn Schaper. Insofern wird die ambulante Behandlungsstruktur im Bremer Westen nicht nur aufrechterhalten, sondern gestärkt.

- Folgebericht Personalsituation im Gesundheitsamt Bremen, Berichtsbitte der CDU

Herr Staatsrat Kück berichtet, dass aktuell gemäß Stellenplan 9,35 Stellen - davon 5,75 Stellen als Ärzte - nicht besetzt und kündigt einen schriftlichen Bericht, auch zu ergriffen Maßnahmen für die schwierige Fachkräftegewinnung, für die Deputationssitzung am 04.12. an.

Vorsitzender

Protokollführer